VOLKSBLATT | SPLITTER

Keine Beweise für versteckte irakische Waffen

WASHINGTON – Das Regime von Diktator Saddam Hussein hat keine Massenvernichtungswaffen vom Irak nach Syrien geschafft – auch nicht vor dem Angriff der US-geführten Truppen im März 2003. Zu dieser Erkenntnis sind die US-Waffeninspektoren gekommen. Sie haben keine Hinweise auf eine solche Aktion gefunden, erklärte das Inspektorenteam in einem am Montagabend veröffentlichten Anhang zu ihrem im September veröffentlichten Bericht. Auch hätten sie keinen Iraker ausfindig machen können, der mit einem solchen Waffentransfer direkt zu tun gehabt hätte. (sda)

«Ohrfeige für Italien»

ROM – Die Journalistin Giuliana Sgrena hat empört auf eine Untersuchung der US-Armee zum Beschuss ihres Autos in Bagdad reagiert. Laut Bericht trifft US-Soldaten keine Schuld. Dies sei eine «inakzeptable Ohrfeige für Italien», sagte Sgrena. Es sei kaum nachvollziehbar, dass US-Präsident George Bush sich zunächst beim italienischen Premier Silvio Berlusconi dafür entschuldigt habe und den Soldaten jetzt angeblich kein Fehlverhalten vorzuwerfen sei, schrieb sie im Leitartikel ihrer Zeitung «Il Manifesto», der am Dienstag erschienen ist. (sda)

EU fordert mehr Reformen von Türkei

LUXEMBURG – Die EU verlangt von der Türkei weitere Reformen als Voraussetzung für den Anfang Oktober geplanten Beginn der Beitrittsverhandlungen. Der türkische Aussenminister Abdullah Gül erwartet eine Einigung im Zypern-Konflikt. Nach einem Gespräch mit EU-Vertretern bekräftigte Gül am Dienstag in Luxemburg die Bereitschaft, ein Protokoll über eine Ausweitung der Zollunion auf die zehn neuen EU-Mitglieder zu unterzeichnen. (sda/dpa/afp)

Kofi Annan keineswegs entlastet

NEW YORK – UNO-Generalsekretär Kofi Annan wird laut dem Leiter der UNO-Kommission zum Irak-Korruptionsskandal, Paul Volcker, durch bisherige Untersuchungsergebnisse keineswegs entlastet. Der jüngste Bericht der Kommission beinhalte Kritik. Volckers Gremium hatte vor einem Monat einen Zwischenbericht veröffentlicht. Darin werde Annan «ziemlich heftig» kritisiert, betonte der frühere US-Notenbankchef in einem am Dienstag veröffentlichten Interview mit dem US-Fernsehsender Fox News. Der Bericht könne nicht als «Entlastung» für Annan bewertet werden. (sda/afp)

Militärpräsenz beendet

Syriens Militärpräsenz im Libanon beendet – Abzug der letzten Soldaten

MASNAA – Mit dem Abzug der letzten Soldaten hat Syrien nach fast 30 Jahren seine Militärpräsenz im Libanon beendet. Nach einer Abschiedszeremonie passierten die letzten 300 von einstmals 40 000 syrischen Soldaten in Masnaa die Grenze zu Syrien.

Syrische Soldaten jubeln während ihrer Rückkehr aus dem Libanon.

Anfang Jahr waren noch 14 000 syrische Soldaten im Land. An der Zeremonie auf der Luftwaffenbasis Rajak im Bekaa-Tal nahm die Armeeführung beider Länder teil. Dabei wurde auch den rund 12 000 syrischen Soldaten gedacht, die im Libanon starben.

Der syrische Armee-Stabschef Ali Habib sagte, mit dem Eingreifen im libanesischen Bürgerkrieg und der anschliessenden Besetzung habe die syrische Armee «die heilige Mission erfüllt, den arabischen Libanon und seine Würde zu schützen».

Nach der Zeremonie verliess der gefürchtete Chef des syrischen Geheimdienstes im Libanon, Rustum Ghasaleh, das Land. Acht Busse mit den letzten Soldaten folgten ihm. Nur wenige Libanesen säumten dabei die Strasse. Rund 2000 Syrer empfingen die Rückkehrer an der Grenze mit Blumen. Für die libanesische Regierung könnte sich nun mehr politischer Spielraum eröffnen. Syrien war ein Jahr nach Beginn des Bürgerkriegs 1975 im Libanon einmarschiert und verstand sich seitdem als dessen Schutzmacht.

Nach dem Ende des Kriegs 1990 blieb Syriens Einfluss auf Politik, Wirtschaft und Armee gross. Nach der Ermordung des libanesischen Exministerpräsidenten Rafik Hariri Mitte Februar war der Druck auf Syrien aber gewachsen: In Massendemonstrationen wurde der Abzug gefordert. Die Opposition verdächtigt Syrien, in den Hariri-Anschlag verwickelt zu sein. Die prosyrische Regierung trat nach den Protesten zurück. Noch im Mai soll ein neues Parlament gewählt werden. Schon im vergangenen Jahr hatte der Sicherheitsrat in der Resolution 1559 den Abzug gefordert.

«Seufzer der Erleichterung»

Die Beiruter Zeitung «Daily Star» kommentierte: «Die Libanesen werden wohl einen Seufzer der Erleichterung von sich geben.» Der designierte libanesische Ministerpräsident Nadschib Mikati sprach von einer neuen Ära, die auf enger Kooperation basiere. Er hatte am Dienstag im Parlament sein Programm vorgestellt. Die antisyrische Opposition begrüsste den Abzug. «Er beendet eine lange Dauer voller Fehler und Vorherrschaft», sagte ein Abgeordneter.

UNO prüft und USA warten ab

Noch am Dienstag sollte ein Prüferteam der UNO in Syrien und im Libanon beginnen, den Abschluss des Rückzugs zu verifizieren. UNO- Generalsekretär Kofi Annan erklärte sich mit der Lage im Libanon nur bedingt zufrieden. In einem Bericht an den Sicherheitsrat schrieb er, die Auflagen der Resolution seien noch nicht vollständig erfüllt. (sda/afp/reuters/dpa)

Berlusconi fordert das Vertrauen

Berlusconi kündigt Wahlen im Mai 2006 an – Votum im Parlament

ROM – Die Parlamentswahlen in Italien finden voraussichtlich im Mai 2006 statt. Dies sagte Ministerpräsident Silvio Berlusconi am Dienstag bei der Vereidigung der 9 Vizeminister und 62 Unterstaatssekretäre der neuen Regierung.

Will die flaue Wirtschaft ankurbeln: Ministerpräsident Berlusconi.

Er habe bereits mit Staatspräsident Carlo Azeglio Ciampi über das Datum gesprochen, fügte Berlusconi hinzu. Am Abend stellte Berlusconi im Parlament sein Regierungsprogramm vor und forderte für seine Mitte-Rechts-Regierung das Vertrauen des Parlaments.

Ankurbelung der flauen Wirtschaft, Massnahmen zur Förderung der Unternehmen und der Familien seien für die Regierung prioritär, betonte Berlusconi. Weiter versicherte der Ministerpräsident, dass sich die Regierung für die Einhaltung der Maastrichter Konvergenzkriterien einsetzen werde. «Wir werden die Verschuldung unter die Schwelle von 100 Prozent des Bruttoinlandprodukts drücken. Bis Ende der Legislaturperiode stehen uns noch 13 entscheidende Monate bevor», betonte Berlusconi.

Eine Partei

Der Ministerpräsident kündigte an, dass er seine Mitte-Rechts-Koalition in eine einzige Partei umwandeln wolle. Die Fünf-Parteien-Koalition sei kein reines Wahlkartell, sondern eine Koalition, die Werte und Ziele teile. «Wir sind das Beispiel einer Reformgruppierung, die das Ziel hat, sich in eine einzige Gruppierung umzuwandeln», betonte er. (sda/dpa/apa)

ANZEIGE

STAR AUTOKOSMETIK
Komplette Innen- und Aussenreinigung mit Politur

Kleinwagen	CHF 150.–
Kombi/Limousine	CHF 200.–
Jeep	CHF 250.–
PW Bus	CHF 300.–

Nassreinigung oder Leder Pflege + 50.–
Star-Autokosmetik, Landstr. 126, 9490 Vaduz, Tel: 079 764 66 54

Im April 25% Rabatt auf alle Angebote

Profitieren Sie als Abonnent von Vorzugspreisen

«Jahrhundertflut»

Hochwasser im Westen Rumäniens

BUKAREST/BELGRAD – Eine «Jahrhundertflut» hat den Westen Rumäniens heimgesucht. In der Region Banat überflutete das Hochwasser zahlreiche Dörfer, tausende Menschen verloren ihr Hab und Gut. Im benachbarten Serbien droht Seuchengefahr durch angeschwemmte Tierkadaver.

Die Katastrophe begann vor einer Woche in Westrumänien, als Dauerregen und Schneeschmelze die Flüsse über die Ufer treten liessen. Am Dienstag wurden in der Kleinstadt Arad weitere 200 Häuser von den Wassermassen erfasst. Rund 2200 Menschen wurden in Rumänien in den vergangenen drei Tagen in Sicherheit gebracht. Berichte über Tote oder Verletzte lagen zunächst nicht vor. Zuletzt standen 80 000 Hektar Ackerland unter Wasser. Der rumänische Staatspräsident Traian Basescu reiste am Dienstag aus Luxemburg, wo er am Vorabend den EU-Beitrittsvertrag unterzeichnet hatte, in das Katastrophengebiet in der Flachlandregion bei Timisoara. Er sagte Hilfe in Höhe von 100 Millionen Franken zu. Viele Bauern weigerten sich, ihre von den Wassermassen bedrohten Höfe zu verlassen. Daraufhin erklärte der Präfekt des Kreises Timis offiziell den Notstand in der Region. Dies erlaubt den Behörden, die Menschen auch mit Gewalt zu retten. (sda/dpa)

Briten dürfen auch im Winter schwimmen

LONDON – Briten dürfen auch an kalten Wintertagen draussen schwimmen gehen. Dieses Recht hat ein kleiner Schwimmverein von London am Dienstag vor dem höchsten britischen Zivilgericht durchgesetzt. Die Hauptstadt hatte dem Hampstead-Heath-Winter-Swimming Club seine traditionellen frühmorgendlichen Schwimmstunden in einem Wald- und Parkgebiet im Norden der Stadt verboten. Wenn einem der Vereinsmitglieder dabei etwas passiere, könne die Stadt hinterher verklagt werden, argumentierte die Stadtverwaltung. Doch ein Richter entschied, dass in diesem Fall die Freiheit des Einzelnen gegen «graue und langweilige Sicherheitsvorschriften» in Schutz genommen werden müsse. Jeder könne selbst entscheiden, ob er das Risiko eingehe, ins kalte Wasser zu steigen. (sda)